

# Bund stützt Kommunen

## Finanz-Staatssekretär spricht vor CDU-Mitgliedern

**GOSLAR.** Aus Sicht vieler Kommunen nimmt sich der Bund aus dem allgemeinen Steueraufkommen mehr, als ihm zusteht und lässt Städte und Gemeinden ausbluten. Aus Sicht des Finanz-Staatssekretärs Hartmut Koschyk (CSU) ist das beileibe nicht der Fall: Vor Mitgliedern der Goslarer CDU zeigte er auf, welche Hilfen der Bund den Kommunen bisher zukommen ließ und welche noch folgen werden, um die Finanzschwäche von Städten wie Goslar zu lindern. Koschyk war aus Anlass der Vorstellung einer Sonderbriefmarke in den Harz gekommen und nutzte die Gelegenheit, unter anderem seinen Parteifreund und ehemaligen Mitarbeiter, den Goslarer Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk, zu besuchen.



Finanz-Staatssekretär Hartmut Koschyk. Foto: Schenk

Die Beziehungen zwischen Bund und Kommunen habe die Bundesregierung grundlegend neu geordnet. Zum einen verwies Koschyk auf die rechtliche Lage; so habe der Bund kein Durchgriffsrecht mehr auf die Kommunen. Zum anderen habe die Bundesregierung in den Krisenjahren 2009/10 Städte, Gemeinden und Landkreise mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm von zehn Milliarden Euro unterstützt, das die Länder um weitere drei Milliarden Euro aufstockten.

Als die Einlösung eines Versprechens, an das sich die ehemalige rot-grüne Bundesregierung nicht gehalten habe, bezeichnete Koschyk die vollständige Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter bis 2014. Der Versuch, die Gewerbesteuer durch eine stabilere Alternative zu ersetzen, sei zwar vorerst gescheitert und werde blockiert, aber Koschyk gab dem sogenannten Niedersachsen-Modell dennoch eine Chance für eine künftige mögliche Reform. Dieses Modell sieht als Ersatz für die Gewerbesteuer eine kommunale Unternehmenssteuer, die Anhebung der Körperschaftsteuer sowie eine kommunale Einkommenssteuer vor. Weiter will die Bundesregierung die kommunalen Spitzenverbände künftig bei Gesetzgebungsverfahren einbinden.

Im Anschluss stellte sich der Staatssekretär zahlreichen Fragen, die das aktuelle Themenszenario fast vollständig abdeckten: über Griechenland und Euro-Krise bis Odeon und Zukunftsvertrag. ari

